



**Abschlussdeklaration zur
Dritten Konferenz der Bürgermeister der kleineren Städte
und Gemeinden in Europa
vom 01. - 03. April 2009 in Rheine**

Die Städte und Gemeinden Europas sowie die sie repräsentierenden kommunalen Spitzenverbände erklären anlässlich ihrer Zusammenkunft in Rheine:

I . Grundsätze:

Die Städte und Gemeinden unterstützen und fördern die Unterzeichner der Deklaration die Politik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens, des Wohlstandes der Völker sowie der sozialen und regionalen Kohärenz der Europäischen Gesellschaften in einer intakten Umwelt. Der Gedanke der Einigung Europas ist für die kommunalen Gebietskörperschaften einer der wegweisenden politischen Eckpfeiler auch im 21. Jahrhundert.

Die Unterzeichner der Deklaration stellen fest, dass eine verstärkte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene - wie 2007 in Bordeaux, 2008 in Budapest und 2009 in Rheine gemeinsam bekräftigt - dem besseren Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden Europas und der gemeinsamen Interessensvertretung dient. Diesen Weg wollen wir gemeinsam fortsetzen.

Die kleinere Städte und Gemeinden sind und müssen wichtige Akteure des Europäischen Plans zur Wiederbelebung der Wirtschaft sein, und die Institutionen der Europäischen Union müssen diese Anstrengungen durch angebrachte Finanzmittel unterstützen.

II. Europa und kommunale Beteiligung:

Die Unterzeichner heben hervor, dass der EU-Reformvertrag von Lissabon einen wichtigen Schritt für mehr Bürgernähe und Transparenz in Europa darstellt. Er gibt nicht zuletzt den Städten und Gemeinden eine stärkere Rolle in der EU und verbessert die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen. Im Zuge einer zunehmenden Europäisierung der kommunalen Selbstverwaltungstätigkeit gibt es in ganz Europa keine Gemeinde- oder Stadtratssitzung mehr, in der nicht mindestens ein Tagesordnungspunkt behandelt wird, der durch die EU beeinflusst ist. Diese Entwicklung zeigt, dass das kommunale Selbstverwaltungsrecht stärker als bisher nach Europa gebracht und dass umgekehrt Europa auch in die Kommunen gebracht werden muss. Die Kommunen müssen dabei als vollwertige Partner in Europa anerkannt werden und das kommunale Selbstverwaltungsrecht in der EU muss effektiv geschützt werden.

Neben dem Vertrag wurde im Rahmen der Initiative „Regieren in Europa“ eine umfassende politische und gesellschaftliche Debatte über Formen des Regierens in Europa eingeleitet. Für die Unterzeichner beinhaltet diese Initiative Chancen, und sie sind dazu bereit, einen wirkungsvollen Beitrag zur Europäischen Integration zu leisten. Chancen ergeben sich vor allem mit Blick auf die Perspektive einer verbesserten Konsultation der Kommunen mittels ihrer repräsentativen Verbände. Zudem ist der Ausschuss der Regionen zu stärken. Die wirkungsvolle Beteiligung der Kommunen darf nicht auf die EU-Ebene beschränkt bleiben; sie muss auch in den Mitgliedsstaaten und in den Regionen umgesetzt werden.

III. Politikfelder:

a) Binnenmarktpolitik

Die Unterzeichner fordern von den Organen der EU, dass im Bereich der EU-Binnenmarktpolitik die eigenverantwortliche Rolle der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Daseinsvorsorge) umfassend respektiert wird. Die örtliche Daseinsvorsorge hat zentrale Bedeutung für Gesellschaft, Wirtschaft und Bürger. Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein wirkungsvolles und oft besseres Werkzeug für hochwertige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse innerhalb der eigenen Zuständigkeit der Städte und Gemeinden für Bürgerinnen und Bürger.

Vielerorts ist die interkommunale Zusammenarbeit ein wichtiges Instrument zur Zukunftssicherung für kleine Gemeinden und deren Einwohner. Die Unterzeichner weisen gerade deshalb auf die Wichtigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit hin, weil eine gemeinsame Nutzung der Dienstleistungen die kleinen Städte und Gemeinden in den Stand setzt, bürgernahe, qualitativ hochstehende Dienstleistungen anzubieten.

Dieses Vorgehen sollte unbedingt auch umweltpolitische Erwägungen berücksichtigen. Die Unterzeichner begrüßen in diesem Zusammenhang auch die Hinwendung der Europäischen Politik zur Förderung der Erneuerbaren Energien und zwar aus umweltpolitischen wie auch aus Gründen der Energiesicherheit.

Insbesondere das Engagement und die umweltpolitische Erfolge der kleinen Städte sind hier besonders bemerkenswert. Die Unterzeichner wünschen die Aufmerksamkeit gerade auf die vielen Initiativen zu lenken, die in diesem Zusammenhang ergriffen worden sind.

b) Strukturpolitik:

Um die territoriale Kohäsion innerhalb der Europäischen Union zu verstärken, schlägt das Europäische Netzwerk der kleineren Städte und Gemeinden die Schaffung einer Analyse- und Beobachtungsinstitution zur territorialen Kohäsion vor, die konkreter Vorschläge auf Basis von Feldstudien, die in Partnerschaft mit den Gebietskörperschaften durchgeführt worden sind, zur Verfügung stellen sollte.

Die Unterzeichner stellen fest, dass die Europäische Strukturpolitik nicht zu Lasten von Kleinstädten und Gemeinden einseitig auf Metropolregionen konzentriert werden darf. Eine Stärkung des ländlichen Raums, ob Flachland, Gebirge oder Städte in Großstadtnähe, in welchen in den verschiedenen Regionen Europas bis zu 90 Prozent der Bevölkerung leben, ist auf der EU-Ebene unverzichtbar und stärkt das Prinzip des territorialen Zusammenhalts der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass gerade lokale und regionale Produkte zur Stabilisierung des ländlichen Raums und zur Umweltfreundlichkeit beitragen.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen nach den Maßstäben des 21. Jahrhunderts ist es dabei unverzichtbar, jedes Gebiet der Gemeinschaft mit den notwendigen Infrastrukturen auszustatten, vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge und hier insbesondere im Bereich der Neuen Kommunikationstechnologien. In diesem Zusammenhang muss die Strukturpolitik den Zugang zu allen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie zu den grundlegenden Infrastrukturen ermöglichen, um eine bessere Anbindung der Gebiete zu erreichen.

c) Klima- und Umweltpolitik

Die Stadt Rheine ist ein gutes Beispiel für die Förderung neuer Energiequellen und der Diversifizierung der Industrie, insbesondere Windkraft- und Solaranlagen. Unsere Städte können aktiver zum Kampf gegen Treibhausgasemissionen, die für die Erderwärmung und die extremen Klimaphänomene verantwortlich sind, beitragen. Wir rufen dazu auf, den europäischen Konvent der Bürgermeister gegen Klimaveränderungen, der vom Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission initiiert wurde, zahlreich zu ratifizieren.

d) Migration und Integration

Aufgrund der Tatsache, dass die Migration in Europa stetig weiter zunimmt, glauben die Unterzeichner, dass es unerlässlich ist, eine sichere und auf Solidarität und Integration beruhende Gesellschaft aufzubauen, die zwangsläufig kulturell gemischt ist. Dies ist im Hinblick auf die lokalen Aufgabenbereiche nur durch eine Verbesserung der Zugänglichkeit zu und Verfügbarkeit von Dienstleistungen für Migranten möglich.

Die Unterzeichner betonen, dass die Integration ein Prozess ist, der von allen (Migranten und Bürgern) den Respekt für Gesetze und Aufgaben verlangt. Die Verfügbarkeit von Wohnraum, Sozialdienstleistungen und Arbeitsvermittlungsagenturen ist dabei die Grundlage für jedwede Integration.

Die Unterzeichner betonen, dass der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung eine zentrale Rolle bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zukommt. Sie stellen in diesem Zusammenhang besonders die Bedeutung der Beherrschung der bzw. einer der Unterrichts- und Verkehrssprachen des Aufenthaltsstaates heraus, ohne die eine Integration nicht erfolgreich vonstatten gehen kann.

Sie bitten die Europäische Kommission, unter Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein Inventar bewährter Verfahren und praxistauglicher Lösungsansätze zu schaffen. Es sollte folgende Bereiche umfassen:

- Vereinfachung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen, vor allem im Bereich Sozialeinrichtungen und bei der Arbeitsberatung,
- Gewährleistung von effektiven Maßnahmen zur Sicherung von Unterkünften, auch durch sozialen Wohnungsbau,
- Unterstützung von jugendlichen Migranten oder Kinder von Migranten bei ihrer Ausbildung,
- Förderung der Integration von Migranten, insbesondere Asylbewerber und Minderjährige ohne Eltern.

Die Stärkung der dezentralisierten Zusammenarbeit muss ein Mittel der Regulierung von Migrationsströmen und der Integration der ausländischen Bevölkerung sein.

e) Städtepartnerschaften

Die Unterzeichner heben die Bedeutung und den Nutzen der Städtepartnerschaften für die Entwicklung der Europäischen Union im 21. Jahrhundert hervor. Sie halten das Europäische Städtepartnerschaftswerk für die entscheidende Basis der Vermittlung des Europäischen Gedankens. Die Aktivitäten der Städtepartnerschaften sind vielfältig. Sie reichen von kulturellen über soziale und berufsspezifische bis zu sprachlichen Initiativen, die mit bürgerschaftlichen Engagement auch den Zielen der EU dienen. Die EU hat aber bis heute diese zentrale Rolle und

die Potenziale des Europäischen Städtepartnerschaftwesens nicht erkannt. Die Zusammenkunft der Bürgerschaft in Städtepartnerschaften muss deutlich besser als bisher gefördert werden.

IV. Schluss

Es wurde ein Dialog in Gang gesetzt, in dem über eine strukturiertere Organisation des Europäischen Netzwerks der Kleineren Städte und Gemeinden nachgedacht wird. Dieser Schritt würde einerseits einen intensiveren Dialog ermöglichen und andererseits zu einer besseren politischen Wahrnehmung unseres Netzwerkes durch die Europäischen Institutionen und zur Mobilisierung europäischer Subventionsmittel führen.

Rheine, den 03. April 2009